

## **Auch die Kirchen sollen Energiewende umsetzen**

*Mit der Übergabe des von rund 1400 Personen unterzeichneten Pfingstmanifests an die Schweizer Bischofskonferenz und den Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund hat die Kampagne der ökumenischen Arbeitsgruppe „ChristInnen gegen Atomkraft und für die Energiewende“ ihren Abschluss gefunden. An der lebhaften Podiumsdiskussion in Bern haben gegen sechzig Personen die Möglichkeiten der Kirchen diskutiert, sich aktiv an der Energiewende zu beteiligen.*

In seinem Einführungsreferat berichtete Hans Diefenbacher, der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD), über den nun schon 25 Jahre dauernden Widerstand der deutschen Kirchen gegen die Atomkraft. Hauptsächlich vier Argumente seien für die EKD nach wie vor entscheidend: 1.) Risikoeinschätzungen könnten falsch sein. Fukushima habe gezeigt, dass ein gefürchteter Störfall auch morgen und nicht erst in 100'000 Jahren eintreffen könne. 2.) Das ungeklärte Risiko des Normalbetriebs von Atomkraftwerken sei in einer hoch entwickelten und dicht besiedelten Industrielandschaft nicht tragbar. Das Endlagerproblem sei nach wie vor nicht gelöst. 3.) Die Gefahr von Terrorismus stelle sehr hohe Anforderung an das Sicherheitssystem zum Betrieb dieser Technik. 4.) Uran sei eine endliche Ressource, die bald unrentabel sein wird angesichts der Fortschritte der erneuerbaren Energien.

Die Ablehnung der Atomenergie könne aber nur glaubwürdig vertreten werden, wenn die Kirchen gleichzeitig die Energiewende unterstützten und den Energieverbrauch senkten. Die EKD-Synode hat im Jahr 2008 den Landeskirchen vorgeschlagen, bis 2015 ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss um 25 Prozent zu reduzieren gemessen am Basisjahr 2005. Das entspricht bis 2020 einer Reduktion um 40 Prozent. Das sei damals das anspruchsvollste Ziel gewesen, das jemals für Deutschland genannt worden sei. Praktisch alle deutschen Landeskirchen haben den Vorschlag aufgenommen und Klimaschutzprojekte auf die Beine gestellt.

Die praktische Umsetzung sei jedoch mit vielen Schwierigkeiten verbunden. So sei es schwierig, die Verbrauchszahlen flächendeckend zu erheben, um den CO<sub>2</sub>-Reduktionsbedarf richtig einschätzen zu können. Pilotprojekte und Hochrechnungen helfen dabei. Erfasst werden nicht nur der Energieverbrauch in den Gebäuden, sondern auch die Mobilität und das Beschaffungswesen.

Den Boden für die Klimaschutzanstrengungen in Kirchengemeinden sei mit dem Förderprogramm der Deutschen Bundesstiftung Umwelt „Kirchengemeinden für Sonnenenergie“ schon Ende der 1990er Jahre gelegt worden. Über 700 Solaranlagen seien innerhalb von vier Jahren errichtet worden. Die Kirchengemeinden hätten auch ohne Förderung weitergemacht. Heute seien es rund 1400 Anlagen. Das Umweltmanagement-System Grüner Gockel/Grüner Hahn sei ein weiteres Angebot an die Gemeinden, ihr Umweltverhalten zu verändern. Verbleibende CO<sub>2</sub>-Emissionen könnten seit diesem Jahr durch den ökumenischen Kompensationsfonds „Klima-Kollekte“ kompensiert werden.

Am anschliessenden von der Radioredaktorin Karoline Arn moderierten Podiumsgespräch nahmen neben Hans Diefenbacher die Theologin Béatrice Bowald von der Nationalkommission Justitia et Pax der Schweizer Bischofskonferenz, Daniel Klooz, Vorsteher des Amtes für Umweltkoordination und Energie des Kantons Bern und Stefan Ramseier, Synodalarat der Ref. Kirchen Bern-Jura-Solothurn teil.

**Béatrice Bowald** betonte, dass das Christentum eine Tradition habe, die reich sei an Visionen von einer lebenswerteren Welt. Mit dem Verständnis, Gäste auf Erde zu sein, würden wir mit der Umwelt anders umgehen. Darauf gelte es im praktischen Handeln aufzubauen.

**Stefan Ramseier** betonte, dass die Kirchen das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft unterstützen. Er gab jedoch zu, dass es bezüglich der eigenen Glaubwürdigkeit noch viel zu tun gebe. Die Möglichkeiten seiner Landeskirche seien jedoch begrenzt, da sie über kein eigenes Bauamt verfüge. Für die Gebäude seien allein die Kirchgemeinden verantwortlich.

**Daniel Klooz** vertrat die Meinung, dass auch Kirchen ihren Beitrag zur Energiewende leisten müssen. Einschneidend könnte für sie die Umsetzung des kantonalen Energiegesetzes werden. Elektrische Widerstandsheizungen sind neu verboten und müssen bis in 20 Jahren ersetzt sein. Kirchen können aber auch eine Vorbildrolle spielen. Als Vermittlerin einer Botschaft haben sie bei den Kirchgängern eine hohe Glaubwürdigkeit. Neben der energietechnischen Sanierung von Gebäuden ermutigt Klooz die Kirchgemeinden, auf ihren Gebäuden Solaranlagen zu installieren. Dies sei ein äusseres Zeichen dafür, dass sie die Energiewende unterstützen.

### **Unterschriftenübergabe**

Im Namen des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes SEK dankte Pfr. Daniel de Roche für die Initiative der Aktionsgruppe. Er nahm das Manifest im Sinne einer Petition an den SEK entgegen. Der Einsatz für eine verantwortliche Energiepolitik habe etwas mit dem christlichen Glauben zu tun. Das ökologische Engagement gehöre zu denjenigen Bereichen, in denen die Kirchen gemeinsam agieren könnten. Abt Martin Werlen hatte als Umweltbeauftragter der Bischofskonferenz die Manifest-Unterschriften bereits am Nachmittag in Zürich entgegengenommen und sich erfreut gezeigt, dass das Manifest so wenig ideologisch daher komme.

Bern, 22. November 2011

### **Weitere Informationen:**

oeku Kirche und Umwelt  
Schwarztorstrasse 18  
Postfach 7449  
3001 Bern  
Tel. 031 398 23 45  
info@oeku.ch  
[www.oeku.ch](http://www.oeku.ch)

[www.pfingstmanifest.ch](http://www.pfingstmanifest.ch)

### **Bilder: Claudia Baumberger, oeku, Bern**

- Hans Diefenbacher während des Einführungsreferates (Energiewende Markus Kirche BE)
- Manifest-Uebergabe an Abt Martin: von links nach rechts Franz X. Stadelmann, oeku-Vizepräsident, Pfr. Jürg Liechti (Pfingstmanifest-Gruppe), Abt Martin Werlen, Wolfgang Bürgstein, Sekretär von Justitia et Pax.
- Manifest-Uebergabe an Daniel de Roche: Pfrn. Judith Pörksen (Pfingstmanifest-Gruppe), Pfr. Daniel de Roche, Ratsmitglied des SEK.